



Rathaus-Report

Juli/August_2007

Wettlauf um das Klima

Die Hamburger Parteien überschlagen sich im Wettbewerb um die besten Konzepte zum Schutz des Klimas. Bürgermeister Ole von Beust stellte Ende August ein Senatspapier vor, die SPD aktualisierte ihren Zwölf-Punkte-Plan vom Dezember 2006.

„Das Senatskonzept ist in erster Linie das Eingeständnis des Bürgermeisters, sechs Jahre lang im Bereich Umwelt- und Energiepolitik so ziemlich alles falsch gemacht zu haben“, sagte die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **MONIKA SCHAAL**. Bürgermeister von Beust will Hamburg zur „Hauptstadt des Klimaschutzes“ machen und bis 2012 den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ um zwei Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren.

Das Klimaschutzprogramm des Senats „Klimaentwicklung verstehen - Klimawandel mindern - Klimafolgen bewältigen“ umfasst 170 Maßnahmen. Für die Umsetzung stehen bis Ende 2008 rund 25 Millionen Euro bereit. Jährlich soll es einen Klimaschutzbericht geben.

Im Einzelnen wird Hamburg in öffentlichen Gebäuden ausschließlich Ökostrom verwenden und ein-

zelne Dächer mit Solarkollektoren ausstatten. Die Wärmedämmung an Altbauten soll gefördert werden und in den Schulen wird demnächst Klimakunde auf dem Stundenplan stehen. Auf freiwilliger Basis wird es vier autofreie Sonntage geben, an denen der öffentliche Nahverkehr kostenlos sein soll. Die Sanierung und den Ausbau des Radwegenetzes ist dem CDU-Senat pro Jahr fünf Millionen Euro wert. Die Industrie will sich mit einer CO₂-Reduktion von 500.000 Tonnen beteiligen.

Fehlende Glaubwürdigkeit

Die SPD warf dem Bürgermeister fehlende Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz vor. „Das Konzept ist enttäuschend“, sagte SPD-Umweltpolitikerin Schaal. Die Details zeigten, dass der Senat zu einem konsequenten Umsteuern weder den Willen noch den Mut habe. In der Tat mangelt es neben der eher symbolischen Größenordnung von 25 Millionen Euro an klaren Angaben, wie die Maßnahmen zum Klimaschutz finanziert und umgesetzt werden sollen. „Wie so häufig fehlt dem Senat auch hier eine Prioritätenliste nach Zahl, Zeit, Wirkung und Finanzierung. Ohne Moos nix los - das

Inhalt

Titel: Wettlauf um das Klima 1

Aktuelles: Personalflicht – Vor die Tür gesetzt – Mehr Straftaten 2-3

Position: Michael Neumann im Interview 4

Fraktion im Dialog: Bessere Förderung – CSD-Empfang 5

Aus der Bürgerschaft: HVV ohne Barrieren – Ausge-
qualmt 6

Hintergrund: Spitzenreiter
Hamburg 7

Dialog: Tag der offenen Tür –
Randnotiz – Termine 8

Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion
in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Kathrin Flor, Christoph Holstein
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

gilt auch für den Klimaschutz“, warnte Schaal.

Die fehlende Konsequenz des Papiers zeige sich insbesondere mit Blick auf das geplante Kohlekraftwerk Moorburg. Dies will von Beust weiterhin bauen, ohne sich auf die Größenordnung festzulegen. „Solange der Bürgermeister an seinen Plänen für das Monster-Kraftwerk festhält, wären alle noch so ausgeklügelten Klimaschutzmaßnahmen für die Katz“, sagte Schaal.

Auch die vom Bürgermeister vortragene Forderung nach Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel müsse vom Tisch, forderte Schaal. „Atomenergie hemmt wichtige Schritte für den Klimaschutz im Bereich Energiesparen und beim Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Böse Zungen unterstellen Bürgermeister von Beust, das neu erwachte Interesse am Umweltschutz sei vor allem ein durchsichtiger Annäherungsversuch an die Grünen. „Für den Bürgermeister ist der Klimaschutz offenbar nur als Wahlkampfthema wichtig“, so Schaal. „Die Wähler werden aber nicht vergessen, dass Beust es war, der die Umweltbehörde aufgelöst hat.“

Das Klimaschutzkonzept der SPD mit dem Titel „Zwölf Punkte, die Hamburgs Klima wirklich nützen“ sieht den konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie vor. Anstelle des Kohlekraftwerks Moorburg soll es eine kleinere Gaskraftanlage geben. Die Stromversorgung Hamburgs soll ein umweltgerechter Mix aus Kohle, Gas und regenerativen Energien garantieren. Die CO²-Emissionen will die SPD bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. „Der Senat schlägt Schaum - wir werden handeln“, versprach Umweltpolitikerin Schaal.

PRESSESPIEGEL

„Prima Klima in der Hansestadt!“ Bild vom 25. Juli 2007

„Im Klimaschutzprogramm wurde lediglich ein bunter Strauß möglicher Maßnahmen ohne Zeit- und Finanzierungsplan aufgelistet.“ taz vom 21. August 2007

„Zum Knackpunkt könnte der geplante Bau eines Kohlekraftwerks in Moorburg werden, das Hamburgs Klimabilanz nachhaltig schädigen würde.“ Die Welt vom 22. August 2007

„Das Senatskonzept ist besser als gar nichts. Die Richtung stimmt, aber es fehlt tatsächlich der Biss. Der geplante Bau des riesigen Kohlekraftwerkes lässt die gesamten Klima-Anstrengungen und Absichten kraftlos wirken.“ Hamburger Morgenpost vom 22. August 2007

„Dem umweltpolitischen Profil des Bürgermeisters hätte es gut getan, wenn er wenigstens auf einen der beiden umstrittenen Energieträger perspektivisch verzichtet hätte - Kohle oder Atom.“ Hamburger Abendblatt vom 22. August 2007

„In Hamburg hat die SPD eine reale Chance, den Wechsel zu schaffen.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. August 2007

„Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass die CDU gerade jetzt laut darüber nachdenkt, ob nicht Hamburgs Erster Bürgermeister direkt gewählt werden könnte.“ Bergedorfer Zeitung vom 19. Juli 2007

„Es wird auf Köpfe und Persönlichkeiten ankommen, wenn die Wahl gewonnen werden soll.“ Flensburger Tageblatt vom 28. Juli 2007

„Naumann steht vor einer schweren Doppelaufgabe. Er muss in den eigenen Reihen um Vertrauen für seine eigene Person werben. Den Wählern wiederum muss er klarmachen, dass er und seine SPD Hamburg besser und sozial gerechter regieren können als der Amtsinhaber und dessen sozialdemokratisierte CDU.“ Die Welt vom 14. August 2007

Personalflicht

Insgesamt 1960 Asklepios-Mitarbeiter machen von ihrem Rückkehrrecht Gebrauch, das ihnen als ehemalige Beschäftigte des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst zusichert.

„Die Lage ist dramatisch. Personal und Patienten sind die Leidtragenden des LBK-Verkaufs, des schlechtesten Geschäfts des CDU-Senats“, so der SPD-Gesundheitspolitiker und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, MARTIN SCHÄFER. Unter den Mitarbeitern, die Asklepios den Rücken kehren, sind neben 27 Ärzten auch 245 examinierte Krankenpflegekräfte und 207 Funktionskrankenschwestern und -pfleger. „Dies wird sich auf die Betreuung der Patienten auswirken“, warnte Schäfer. Vor allem die unerträglichen Arbeitsumstände und der hohe Kostendruck seien verantwortlich für die Unzufriedenheit der Klinik-Mitarbeiter.

Der Senat war ursprünglich nur von 300 Rückkehrwilligen ausgegangen. Für die Steuerzahler wird dieser Irrtum teuer. Kosten von über 74 Millionen Euro jährlich kommen auf die Stadt zu. „Dies hat der Senat bisher immer herunterspielen wollen“, sagte Schäfer. Zudem gibt es für Personal aus dem Gesundheitsbereich kaum passende Stellen in der Verwaltung. Von Knöllchen-Schreiben und Konsulat-Bewachung ist daher schon die Rede.

Ein weiteres Problem erwächst aus dem vom CDU-Senat privatisierten Landesbetrieb „pflegen und wohnen“. Hier haben bereits 155 Beschäftigte ihren Rückkehrwillen geäußert. Die Frist für eine Rückmeldung läuft am 15. September ab. Der SPD-Gesundheitspolitiker for-

derte den Senat auf, die Verantwortung für die Rückkehrwilligen zu übernehmen. „Die Rückkehrer brauchen eine verlässliche Perspektive“, forderte Schäfer. „Davor kann sich der Senat nicht drücken. Schließlich hat er durch die Privatisierungen die ganze Misere hervorgerufen.“

Vor die Tür gesetzt

1100 Studenten müssen die Universität Hamburg verlassen. Grund sind die vom CDU-Senat eingeführten Studiengebühren von 500 Euro pro Semester, die die Studenten nicht gezahlt haben.

„Der Senat hat der Universität eine Suppe eingebrockt, die diese jetzt notgedrungen auslöffeln muss“, sagte die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **BARBARA BRÜNING**. 500 Studenten hatten die letzte Gnadenfrist noch genutzt und in den vergangenen zwei Wochen eilig die Gebühren überwiesen. Ein Gebührenboykott war mangels Beteiligung Mitte Juni gescheitert. Bei 245 Studenten werden noch Anträge auf eine Befreiung von der Gebühr geprüft.

An der Hochschule für bildende Künste (HfbK) droht weiteren 270 Studenten der Rauswurf. Sie haben eine letzte Frist bis Ende September eingeräumt bekommen. Mit ihrem Weggang würde die Hälfte der Kunststudenten Hamburg den Rücken kehren. „Wenn das passiert, verliert die Hochschule bundesweit ihre Wettbewerbsfähigkeit“, warnte Brüning.

Die Hochschulpolitikerin erneuerte die Forderung der SPD, die Studiengebühren zurückzunehmen. „Die Gebühren haben bisher viele Ausnahmen, Bürokratie und wenig Effizienz gebracht. Sie schrecken junge Menschen vom Studium ab,

die Angst haben, ihr Berufsleben später mit einem Schuldenberg zu beginnen.“

Brüning machte Wissenschaftssenator Jörg Dräger für die angespannte Lage an den Hochschulen verantwortlich. Die überhasteten Hochschulreformen schadeten dem Standort. Dräger rede viel von der Talentstadt, treibe mit seiner Politik jedoch viele Talente an die Hochschulen anderer Bundesländer.

Mehr Straftaten

Die Zahl der Straftaten in Hamburg steigt wieder an. „Ein besorgniserregender Trend - Die Straftaten steigen wieder und unsere Hamburger Polizei beginnt langsam zu schrumpfen“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Andreas Dressel**.

Die Halbjahresbilanz 2007 weist im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum eine Zunahme von 3,8 Prozent auf - von 116.825 auf 121.249 Straftaten. Überdurchschnittlich stieg die Kriminalität besonders in den Bezirken Bergedorf, Eimsbüttel, Altona und Wandsbek an. Trauriger Spitzenreiter bleibt der Bezirk Mitte mit etwas über 36.000 Straftaten allein im ersten Halbjahr.

Verantwortlich für den Kriminalitätsanstieg sind insbesondere die weiter zunehmenden Gewalt- und Körperverletzungsdelikte. So stieg die Zahl der Körperverletzungen insgesamt im ersten Halbjahr 2007 um 7,1 Prozent. Regelrecht dramatisch fällt der Anstieg der Straßengewalt aus. Die hier registrierten Straftaten nahmen um 19,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. „Diese Entwicklung betrifft das Sicherheitsempfinden vieler Menschen. Der CDU-Senat hat immer noch kein Konzept“, sagte Dressel.

NEWS

Ausbaufähig

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Michael Neumann, hat anlässlich der Übergabe der verlängerten Start- und Landebahn in Finkenwerder an Airbus Deutschland von einem „wichtigen Schritt für die Zukunft des Luftfahrtstandortes Hamburg“ gesprochen. „Die Verlängerung der Landebahn garantiert die langfristige Entwicklungsfähigkeit und sichert Tausende Arbeitsplätze“, so Neumann.

Aussichtsreich

Die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg sinkt weiter. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit geht zurück. Ende Juli waren 80.613 Hamburger ohne Arbeit, darunter 29.467 langzeitarbeitslos. Die Arbeitslosenquote lag bei 9,0 Prozent.

Großzügig

Der Senat gibt immer mehr Geld für Gutachten, Untersuchungen und externe Beratungen aus. Dabei werden selbst große Aufträge teils ohne jede Ausschreibung vergeben. „Die Gutachteritis scheint an Dynamik zu gewinnen“, sagte SPD-Haushaltsexperte Walter Zuckerer. Während für das ganze Jahr 2006 insgesamt 7,7 Millionen Euro in Gutachten flossen, waren es im ersten Halbjahr 2007 bereits 17,6 Millionen Euro.

Schleppend

Ganze acht bewohnte Hausboote gibt es zurzeit in ganz Hamburg. Für weitere sieben liegt eine Genehmigung vor. „Nachdem der Senat vor über einem Jahr grünes Licht für das Wohnen in Hausbooten gegeben hatte, ist nicht viel passiert“, sagte die SPD-Abgeordnete Carola Veit. Die Leitfäden für Genehmigungsanforderungen und Fachzuständigkeiten sollen nun doch nicht vom Senat entwickelt werden. Die Zuständigkeit ist auf die Bezirke übertragen worden.



AUS DER FRAKTION

GESINE DRÄGER moderierte am 3. Juli im Kaisersaal des Rathauses eine Veranstaltung zur Förderung von Innovation, Existenzgründungen und Mittelstand im Rahmen von „Fraktion im Dialog“.

ANDREAS DRESSEL erklärte Interessierten am 8. Juli bei einer Veranstaltung im Kurt-Schumacher-Haus das neue Wahlrecht.

BRITTA ERNST besuchte am 9. Juli die Schule Königsstraße.

GESINE DRÄGER begrüßte am 18. Juli Bundesminister Sigmar Gabriel zur Veranstaltung „Ökologische Innovation“ im Kaisersaal des Rathauses.

LUTZ KRETSCHMANN-JOHANNSEN lud am 31. Juli zum CSD-Empfang der SPD-Fraktion in den Kaisersaal des Rathauses.

MICHAEL NEUMANN war am 3. August zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Andy Grote, zu Gast bei der Davidwache auf St. Pauli.

ANDREAS DRESSEL veranstaltete am 4. August ein Infostand am Vorplatz der U-Bahnhaltestelle Volksdorf.

MICHAEL NEUMANN feierte am 6. August mit beim Sommerfest der AWO Horn in der Kita Bauerbergweg.

JÜRGEN SCHMIDT, ROLF-DIETER KLOOB und **DIRK KIENSCHERF** nahmen am 19. August am Jedermann-Rennen der Cyclastics teil. Kienschurf absolvierte die 55 Kilometer als schnellster Abgeordneter in 1,40 Stunden mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 33,87 km/h.

GÜNTER FRANK besuchte am 22. August das Kinder- und Familienzentrum in Großlohe.



„Klimaschutz ist mehr als ein Wahlkampfthema“

Fraktionschef Michael Neumann im Interview

Herr Neumann, nicht Schule, nicht Soziales, nicht Wirtschaft – nein, in Hamburg gibt es urplötzlich ein ganz neues Wahlkampfthema – den Klimaschutz. Überrascht Sie das?

Nein, es ist ein wichtiges Thema. Überraschend finde ich höchstens, dass ausgerechnet Bürgermeister von Beust jetzt versucht, sich diesen

Bereich zu angeln. Dabei ist Klimaschutz viel mehr als nur ein Wahlkampfthema. Hier geht es wirklich um unsere Zukunft.

Was hat die SPD bei diesem Zukunftsthema zu bieten?

Ein vollständiges Konzept. Nicht aus dem Ärmel geschüttelt, wie das des Senats. Nein, wir haben unsere Konzeption schon bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Dezember vorgelegt. Und da hat die CDU es abgelehnt. Jetzt hat der Senat eine Ideensammlung vorgestellt, in der reihenweise unsere Forderungen aufgenommen werden. Das ist schon ok, solange es gut für die Erde ist. Aber es ist schon seltsam, wenn sich ausgerechnet der Hamburger Bürgermeister jetzt zum Ober-Klimaschützer aufspielen will.

Wie sieht ihr Konzept aus?

Wir wollen Klimaschutz, um die Lebensgrundlage der Menschen zu erhalten. Und wir haben erkannt, dass Klimaschutz längst ein Wirtschaftsfaktor geworden ist. Wir verbinden beides. Wir wollen in Hamburg mehr Bäume und bessere Radwege, und wir wollen umweltfreundliche Technologie fördern – Wind- und Sonnenenergie zum Beispiel. Wir wollen mehr Wärmedämmung an Gebäuden - und würden nebenbei die Unternehmen fördern, die entsprechende Materialien produzieren oder Betriebe, die solche Sanierungsarbeiten übernehmen können.

Das sind Sachen, die der Senat auch will...

... es wird auch Zeit. Die Frage ist, ob der Bürgermeister, sein Senat und seine Partei, die CDU, das ernst meinen. Vor nicht einmal einem Jahr haben sie all diese Vorschläge abgelehnt. Jahrelang haben sie Umwelt- und Klimaschutz als Spielwiese von Öko-Spinnern diskreditiert. Es war von Beust, der die Umweltbehörde aufgelöst hat. Und jetzt plötzlich die große Kehrtwende? Das glaubt denen doch kein Mensch.

Es gibt auch die Überlegung, von Beust mime jetzt den Umweltschützer, weil er sich bei den Grünen beliebt machen will.

Das mag für von Beust ein Motiv sein. Aber er zeigt doch, dass er die Grünen und ihre Wähler für erinnerungsschwach hält. So sieht es auch meine GAL-Kollegin Christa Goetsch. Über ihr klares Bekenntnis zu rot-grün habe ich mich gefreut. Und mit rot-grün ist auch garantiert, dass der Klimaschutz auch nach dem 24. Februar 2008 ein Thema in Hamburg bleibt.

Bessere Förderung

SPD-Fraktionschef MICHAEL NEUMANN und die wirtschaftspolitische Sprecherin, GESINE DRÄGER, haben den Senat zu einer konsequenten Förderung von Existenzgründern aufgefordert. Sie sprachen sich für die Gründung einer Hamburgischen Investitionsbank aus.

Anlass war die Veranstaltung „Förderung von Innovation, Existenzgründungen und mittelständischen Unternehmen“ im Rahmen von „Fraktion im Dialog“ am 3. Juli. Existenzgründer bräuchten eine umfassende Beratung über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, sagten die beiden Abgeordneten. Sie benötigten den Zugang zu Krediten und Beteiligungskapital.

Letzteres sei vor allem für Gründer schwierig, die zwar über eine gute und marktfähige Idee, aber über geringes Eigenkapital verfügen. „Wer seinen Betrieb aufbauen will, braucht einen starken Partner an der Seite, der Risiken abschätzt und mitträgt“, sagte Neumann. Eine Hamburgische Investitionsbank könne sich an den entsprechenden Einrichtungen in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen orientieren.

Dräger forderte Uldall auf, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Sie sollten in die Lage versetzt werden, ihr Entwicklungspotenzial vollständig auszuspielen zu können. Die SPD-Wirtschaftsexpertin unterstrich, es herrsche in Hamburg keinen Mangel an Förderprogrammen. Alles in allem gebe es rund 3000. „Den Durchblick haben da jedoch die wenigsten Unternehmen. Wir müssen Licht in den Förderungsdschungel bringen“, so Dräger.

CSD-Empfang

Anlässlich des CSD-Empfangs der SPD-Fraktion hat der Sprecher für Schwule und Lesben, LUTZ KRETSCHMANN-JOHANNSEN, vom Senat mehr Engagement bei der Gleichstellung Homosexueller und beim Schutz vor Diskriminierung gefordert. „In sechs Jahren CDU-Regierung hat sich für Lesben und Schwule in dieser Stadt nicht viel getan“, sagte Kretschmann-Johannsen.

Der SPD-Politiker warf dem Senat vor, sich zu wenig für die Belange von Schwulen und Lesben einzusetzen. Das Senatsamt für Gleichstellung sei abgeschafft worden. In Sachen Aids-Prävention und Aufklärung kürze der Senat seit Jahren die Mittel. Angesichts dieser Politik sei es auch kein Zufall, dass der CSD zum dritten Mal in Folge ohne die Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters stattfand.

Michael Naumann, Spitzenkandidat der SPD Hamburg, sprach sich dafür aus, die Rechte von Schwulen und Lesben zu stärken. „Leider ist die Hamburger Stimme derzeit meist still, wenn es darum geht, die Lebenssituation von Homo- und Bisexuellen zu verbessern“, so Naumann. Der SPD-Politiker befürwortete eine rechtliche Gleichstellung mit Ehepaaren auch in Bezug auf das Steuerrecht und ein Recht auf Adoption.

Herta Däubler-Gmelin, ehemalige Bundesjustizministerin und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, warnte davor, das Thema Gleichstellung ad acta zu legen. „Diskriminierung bekommen wir nur in den Griff, wenn wir auf allen Ebenen dagegen angehen“, so Däubler-Gmelin. Deshalb sei der CSD als politische Demonstration auch weiterhin notwendig.

INITIATIVEN

Schwachstellen prüfen

Da sich die Anzahl der Stromausfälle in Hamburg erneut erhöht hat, forderten die beiden SPD-Abgeordneten Thomas Böwer und Monika Schaal, dass der Senat eine Schwachstellenanalyse beim Netzbetreiber Vattenfall verlangen müsse. Von den 180 Stromausfällen waren im vergangenen Jahr 324.231 Haushalte betroffen. „Es liegt der Verdacht nahe, dass zu wenig für die Netzstabilität getan wurde und das rächt sich jetzt“, sagte Schaal.

Zuschüsse nutzen

Der Senat hat das Geld aus dem Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ für den Ausbau von Ganztagschulen nicht ausgeschöpft. So hat der Senat lediglich 53,7 von 66,7 Millionen Euro für den Umbau von Schulen in Ganztagschulen verwendet. „Wir fordern, dass alle Gelder in die Hamburger Schulen fließen“, sagte der schulpolitische Sprecher der Fraktion, Wilfried Buss.

Kompetenzen ausbauen

In der Diskussion um die Novellierung des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes hat die SPD-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. „Dieser weitet die bewährten Befugnisse des Hamburger Verfassungsschutzes maßvoll aus“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Dressel.

Pläne vorlegen

Die SPD-Fraktion hat den Senat aufgefordert, konkrete Pläne für den Deckel über die A7 vorzulegen. „Es gibt keine sinnvolle städtebauliche Alternative zum Deckel. Deshalb ist es ärgerlich, dass der Senat noch keine Pläne vorgestellt hat, obwohl die Zeit drängt“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, Jan Quast.



HIGHLIGHTS

„Wenn Hamburg Klimahauptstadt werden will, finde ich das durchaus angemessen.“ RÜDIGER KRUSE (CDU)

„Was vom Bürgermeister-Klimaprogramm bisher bekannt geworden ist, ist sicherlich besser als sechs weitere Jahre Untätigkeit.“ CHRISTIAN MAAB (GAL)

„Das Sammelsurium aus Vorschlägen steht im krassen Widerspruch zur Geschichte des Beust-Senats. Tatsächlich will er Atomkraftwerke länger laufen lassen und ein monströses Kohlekraftwerk hochziehen.“ INGO EGLOFF (SPD)

„Ole von Beust klammert sich wie ein Ertrinkender an die AKWs.“ CHRISTA GOETSCH (GAL)

„Hochrangigen CDU-Politikern dämmert es wohl, dass das Monsterkohlekraftwerk Moorburg nicht nur zum Desaster für den Klimaschutz in der Stadt werden kann, sondern zunehmend auch in der Bevölkerung auf Widerstand stößt.“ MONIKA SCHAAL (SPD)

„Privat nutze ich noch keinen Ökostrom. Aber es wäre ein guter Vorsatz.“ OLE VON BEUST (CDU)

„Alle Befürchtungen und alle Skepsis werden bestätigt: Der ganze LBK-Verkauf ist ein hundsmiserables Geschäft.“ MARTIN SCHÄFER (SPD)

„Von Beust kann nicht weiter den Kopf in den Sylter Sand stecken und so tun als ginge ihn das alles nichts an.“ JENS KERSTAN (GAL)

„Es ist doch nichts Ehrenrühiges, wenn etwa ein Haustechniker künftig im Außendienst arbeitet, bei der Bewachung von Konsulaten oder der Verteilung von Strafzetteln.“ HARALD KRÜGER (CDU)

„Die SPD hat immer davor gewarnt, dass die Patienten und das Personal die Leidtragenden des LBK-Verkaufs sein würden.“ INGO EGLOFF (SPD)

„Im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen ist es wichtig, die Problematik aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten.“ CHRISTOPH AHLHAUS (CDU)

HVV ohne Barrieren

Nur circa jede dritte Schnellbahnhaltestelle in Hamburg ist bisher barrierefrei erreichbar. Der Umbau geht nur zögerlich voran. Das will die SPD-Fraktion nun ändern. In einem Antrag fordert sie den Senat auf, bis zur Internationalen Bauausstellung 2013 die Zahl der barrierefreien Haltestellen zu verdoppeln.

Behinderte und Eltern mit Kinderwagen soll der Zugang zu den Haltestellen erleichtert werden.

„Der Umbau der Haltestellen geht viel zu schleppend voran. Würde das bisherige Tempo beibehalten, dauert es noch über 30 Jahre, bis alle Haltestellen barrierefrei sind“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, JAN QUAST.

Bisher sind erst 57 der insgesamt 146 Schnellbahnhaltestellen von U-, S- und Regionalbahn sowie der AKN vollständig barrierefrei erreichbar. Zuletzt hatte der Senat im Februar 2003 Prioritätenempfehlungen vorgelegt. Von den 20 Haltestellen, die damals in die Empfehlungen aufgenommen worden waren, sind bislang nur zwei endgültig barrierefrei umgebaut worden. Für elf Haltestellen liegt weder ein Planungs- noch ein Baubeginn vor.

Andere Städte sind da weiter. In München sind 88 von 89 U-Bahnstationen barrierefrei erreichbar, in Berlin fast 80 Prozent der S-Bahnhöfe. „Es kann nicht sein, dass jeder Stadtteil einzeln um den barrierefreien Umbau seiner Haltestellen kämpfen muss. Wir brauchen ein verlässliches Programm“, so DIRK KIENSCHERF, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion. 2007 und 2008 sollen nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten zumindest die im Prioritätenprogramm schon vorgesehenen Haltestellen mit Aufzügen

ausgestattet werden und ab 2009 jährlich mindestens zehn weitere Haltestellen folgen.

Die SPD-Fraktion geht von Kosten von durchschnittlich einer bis 1,5 Millionen Euro pro Haltestelle aus. Zur Finanzierung der Umbaumaßnahmen soll das Sonderinvestitionsprogramm dienen und die Kostenersparnisse von 70 Millionen Euro aus der Vertragsverlängerung zwischen Stadt und S-Bahn.

Ausgequalmt

Die Bürgerschaft hat Anfang Juli einstimmig ein Gesetz zum Schutz von Nichtrauchern verabschiedet. Ab dem 1. Januar ist das Rauchen in allen öffentlichen Gebäuden, Krankenhäusern, Einkaufszentren und in der Gastronomie verboten.

Ausgenommen von dem Verbot sind Vereinsheime. Auch in Festzelten darf weiterhin gequalmt werden. Kneipen müssen einen extra Raum für Raucher einrichten, wenn sie den Glimmstengel weiterhin ermöglichen wollen. Die SPD-Fraktion hat sich für ein konsequentes Rauchverbot ausgesprochen. „Die freiwilligen Verpflichtungen etwa in Kneipen und Restaurants sind ins Leere gelaufen. Sie hatten entweder nicht den gewünschten Effekt oder sie wurden gar nicht erst umgesetzt“, bedauerte SPD-Gesundheitspolitikerin TANJA BESTMANN.

Eine gesetzliche Regelung, ihre Anwendung und Kontrolle schienen der einzige Weg, einen Nichtraucherschutz wirksam durchzusetzen. In einem Zusatzantrag zum Nichtraucherschutzgesetz hat sich die SPD dafür ausgesprochen, das Rauchverbot auch auf Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs und auf Spielplätze auszuweiten. Dies lehnte die CDU jedoch ab.

Spitzenreiter Hamburg?

Im Ranking der Bundesländer der Bertelsmann Stiftung liegt Hamburg bei Einkommen und Beschäftigung zum vierten Mal in Folge an der Spitze. Laut Wirtschaftssenator Gunnar Uldall ein „Beleg für die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Senats“. Doch ein Blick auf die soziale Spaltung der Stadt, die wachsende Kinderarmut oder die innere Sicherheit verrät ein differenziertes Bild. Kein Grund also für die Hansestadt, sich zufrieden zurückzulehnen?

In der Bertelsmann-Untersuchung „Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2007“ werden das Einkommen, die Beschäftigungslage sowie die Sicherheit zu einem Erfolgsindex zusammengefasst. Beim Einkommen kam Hamburg mit Abstand auf das mit 47.800 Euro höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Schnitt der Jahre 2004 bis 2006. Das Wachstum lag mit durchschnittlich 1,8 Prozent im vorderen Bereich.

Ganz im Gegensatz zum Wirtschaftssenator beurteilt die Studie den Anteil der Senatspolitik am wirtschaftlichen Erfolg als schwach. „Aufgrund von strukturellen Vorteilen muss das wirtschaftsstärkste Land Hamburg für seinen Erfolg anscheinend nur unterdurchschnittliche Aktivitäten entfalten“, so die Autoren des Berichtes.

Bei der Beschäftigung kann Hamburg vor allem aufgrund seiner überdurchschnittlichen Erwerbstätigenquote seine Spitzenposition

behaupten. In punkto Arbeitslosigkeit liegt die Hansestadt nur auf Rang acht der Bundesländer. „Auch hausgemachte Gründe tragen zur vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit bei“, rügt die Studie. Die niedrigsten Arbeitslosenquoten weisen die südlichen Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg sowie Rheinland-Pfalz auf.

Zum Bereich Sicherheit zählt die Studie die Kriminalität, aber auch die soziale Lage. Hier gelang es dem Freistaat Bayern das Ranking der Bundesländer anzuführen. Aufgrund der problematischen Sozialstrukturen ist die Sicherheitslage in den Stadtstaaten deutlich angespannter als in den Flächenländern.

Hamburg hat zwar einige Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung aufzuweisen, hinkt dennoch bei der inneren Sicherheit wie auch im sozialen Bereich hinterher. Bei der Zahl der Sozialhilfeempfänger kommt Hamburg gerade mal auf Rang 12. Und bei der Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten bekleckert sich die Hansestadt mit Platz 14 ebenfalls nicht mit Ruhm.

Ein deutliches Warnzeichen spricht der Bertelsmann-Bericht der Hansestadt in punkto Finanzen aus: „Über den wirtschaftlichen Erfolg Hamburgs hängt das Damokles-Schwert der Verschuldung. Sollte das Land die finanziellen Probleme nicht in den Griff bekommen, ist auch der wirtschaftliche Erfolg langfristig gefährdet.“ Kri-

tisch sieht die Studie auch die Bildungssituation in Hamburg an. Niedrige Ausgaben für Hochschulen, eine hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, schlechte Pisa-Ergebnisse und die mangelnde Ausbildung von Facharbeitern gefährde die Entwicklung. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf.“

Kinder- und Jugendbericht

Bestätigt wird das Urteil der Bertelsmann-Studie über die soziale Lage und Lücken in der Bildungspolitik auch durch den dritten Kinder- und Jugendbericht. Erstmals seit 1999 wurden wieder Daten zu den Lebensverhältnissen von Kindern in der Hansestadt erhoben. Der 80-Seiten-Bericht „Familien stärken - Kinder schützen. Lebenslagen von Familien und Kindern in Hamburg“ umfasst den Zeitraum 2002 bis 2007 und dokumentiert den sozialen Status von Kindern sowie die Einkommenssituation von Familien.

Wesentliches Ergebnis der Studie: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die auf Transferleistungen des Staates angewiesen sind, wächst kontinuierlich an. Von den 273.000 Kindern in der Hansestadt leben 63.500 von Hartz IV. Damit ist nahezu jedes vierte Kind von Armut betroffen. Allein erziehende Frauen mit Kind haben das geringste Einkommen. 24 Prozent der Minderjährigen leben inzwischen bei einem allein erziehenden Elternteil.

Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei 45,8 Prozent. Wesentliche Aspekte, wie die Situation in den Stadtteilen, lässt der Bericht jedoch außen vor. „Ein Kinder- und Jugendbericht, in dem Stadtteile und soziale Spaltung nicht vorkommen – wer soll diesen ernst nehmen“, sagte die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **ANDREA HILGERS**.

Hamburg im Bundesländervergleich	
	Rang
BIP pro Kopf in Euro	1
Wachstumsrate	5
Erwerbstätige	1
Arbeitslosenquote	8
Sozialhilfeempfänger	12
unaufgeklärte Straftaten	14





RANDNOTIZ

Ein Alster-Planschbecken, der CDU-Vorschlag einer Direktwahl des Bürgermeisters und die Diskussion, ob Hamburg künftig ein Berufsparlament haben sollte – dies waren Themen des politischen Sommertheaters. Erstes ist angesichts des fantastischen Sommers in diesem Jahr ein wahrlich beeindruckender Versuch, Wählerstimmen zu gewinnen. Da hatte uns Ole schon bessere Eingebungen nach seiner Sylt-Oase. Oder schien dort vielleicht häufiger die Sonne? Die Idee einer Direktwahl unseres Landesfürsten wiederum ist so durchsichtig, dass sie nur wie Schall und Rauch verfliegen kann. Es wäre aber vielleicht eine interessante Frage, wie viel CDU im Parlament losgelöst von uns Ole noch übrig bleibt. Die Diskussion um ein Berufsparlament dürfte uns dagegen noch eine Weile erhalten bleiben, zumal sie mit der Frage von Diäten verknüpft ist, die Parlamentarier mehrheitlich dafür sind und die Betreuung der neuen Wahlkreise zugegebenermaßen zeitaufwendig wird. So richtig bewegt wird das Thema zurzeit dennoch niemand. Hamburgs stolze Tradition einer preisgünstigen Bürgerschaft mit Bodenhaftung zum Arbeitnehmerdasein lässt sich nicht mit einem Handschlag wegwischen. Ernst zu nehmender ist da schon die Klimadebatte. Das Thema ist en vogue, weit weg von Alltagsproblemen und zur Knüpfung schwarz-grüner Hochzeitspläne geeignet. Bleibt abzuwarten, ob den Worten jetzt auch ernstzunehmende Taten folgen und nicht nur die Ole-übliche Symbolpolitik.



Tag der offenen Tür

Am 8. September öffnet das Rathaus unter dem Motto „Außen mächtig, innen prächtig“ wieder seine Räume für Besucher. Der diesjährige „Tag der offenen Tür“ bietet die Möglichkeit, sich über die Arbeit des Landesparlaments in Hamburg zu informieren und das Rathaus näher kennen zu lernen. Es gibt einen Rundgang durch die Festsäle, politische Gespräche in den Räumen der Bürgerschaftsfraktionen, Fragestunden mit den Abgeordneten im Plenarsaal und Diskussionen mit Rathausjournalisten.

In den vergangenen Jahren nutzten zwischen 10.000 und 18.000 Besucher die Chance, Politik aus erster Hand zu erleben. Von besonderem Interesse sind in diesem Jahr Informationen über das neue Wahlrecht zur Bürgerschaft im Februar 2008.

Die Hamburger können neben einer Parteiliste künftig auch Direktkandidaten wählen, ihre Stimmen dabei kumulieren und panschieren. Zudem wird bei der Bürgerschaftswahl erstmals ein digitaler Wahlstift eingesetzt. Doch was das neue Wahlrecht mit sich bringt, wie die Wahlzettel künftig aussehen und wie ein digitaler Wahlstift funktioniert, weiß noch kaum jemand. Deshalb werden am Tag der offenen Tür ein spezieller Infostand und ein Schnupperwahllokal aufgemacht. Hier kann dann jeder einmal die Wahl 2008 testen.

In der Bürgerfragestunde von 12 bis 17 Uhr wird es im Plenarsaal um die Themen Volksentscheid, Entwicklung der Hafencity, die beste Schulreform, benachteiligte Stadtteile und den Klimaschutz gehen.

Auch die SPD-Fraktion informiert über ihre Politik und gibt Einblick in ihre Räumlichkeiten im dritten Stock des Rathauses. Die Abgeordneten stehen für ein Gespräch bei Kaffee und Kuchen bereit. Ein umfangreiches Unterhaltungsprogramm, auch für die Kinder, gibt es im Innenhof des Rathauses

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
Email: info@spd-fraktion-hamburg.de

TERMINE

- 24. August 2007, 14.00 Uhr**, 50 Jahre Kurt-Schumacher-Haus, SPD Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 10
- 28. August 2007, 19.00 Uhr**, Kunst in der Fraktion: Ausstellungseröffnung „Flurstück“ mit Christine Carstens
- 29./30. August 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 8. September 2007, ab 10.00 Uhr**, „Tag der offenen Tür“ im Rathaus
- 12. September 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 19. September 2007, 19.00 Uhr**, Veranstaltung von SPD und GAL „Rettet den Volksentscheid“, Rathaus, Kaisersaal
- 26./27. September 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 5. Oktober 2007, 10.30 Uhr**, Seniorenkonferenz der SPD-Fraktion, Rathaus